Zweites Blatt. — Nr. 114.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 8. März 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Der „Vorwärts" ist wahrhaft fieberhaft bestrebt, die letzten Berliner Straßenkrawalle als ganz unbedeutende, der Sozialdemokratie durchaus fernliegende „Menschenansammlungen" darzustellen. In ausländischen Großstädten kämen noch ganz andere Ausschreitungen vor, und es würde kein Wesens darüber gemacht; darum habe man auch im Auslande über die Furcht der Deutschen vor der Revolution gelacht. So schreibt das Zentralorgan der Sozialdemokratie und meint harmlos weiter: „Ein Wunder, daß wir nicht schon früher Hungerkrawalle gehabt. Nur ein Blinder konnte überrascht sein." Und doch gab sich der „Vorwärts" das Ansehen eines völlig Ueberraschten, als er den ersten total unwahren Bericht über die Ausschreitungen des „Lumpenproletariats" brachte, und doch hielt es die Parteileitung für nöthig, die „Genossen" zur Ruhe und Ordnung zu mahnen! Wir glauben denn auch, daß die sozialdemokratischen Führer durch den Krawall thatsächlich überrascht worden sind; sie meinten, die Fäden fest in der Hand zu haben, und mußten nun wahrnehmen, daß ihre Hetzereien doch allzu „begeisternd" wirkten, daß die Leitung der „Genossen", die auf den großen Kladderadatsch nicht länger unthätig warten wollen, ihren Händen entglitt. Das ganze gegenwärtige Verhalten der „Fraktionellen" basirt auf Schreck und Furcht; die Herren haben sich durch die Vorführung der Trugbilder vom Sozialistenstaat einerseits und durch die Hetzerei gegen die bestehenden Verhältnisse andererseits verrannt und möchten nun gern aus der Sackgasse heraus. Sie glauben zu „führen" und werden geführt! Es ist darum nicht zu verwundern, daß gegenüber der „Angstmeierei" der „Fraktionellen" der „Sozialist" das Wort ergreift und ausdrücklich die Partei der vom „Vorwärts" abgeschüttelten „Lumpenproletarier" nimmt. Dabei schildert das genannte „Organ der unabhängigen Sozialisten" den Verlauf des Krawalls annähernd richtig wie folgt:

„Es war keineswegs auf einen „Spaziergang unter den Linden" abgesehen, und nicht das „schöne Frühlingswetter" trug Schuld daran. Nein, es lag eine ernste, zunächst friedliche Demonstration vor. Noth und Verzweiflung bildeten die Triebfedern ihres Auftrittes; der Hunger (!) jagte sie auf die Straße. Sie ergriffen die einzige Gelegenheit, welche sich ihnen noch zur Geltendmachung ihres Rechtes auf Existenz bot. „Brod" oder „Arbeit" lauteten ihre Rufe. Mit wahnsinniger Gier stürzten sie auf die Waarenläden; es war nicht die Lust am Zerstören des Privateigenthums — es waren die Verzweiflungsakte des Elends! Daß die Hungernden nicht einmal das Privateigenthum, diese Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, unberührt ließen, das scheint die Herren vom „Vorwärts" am meisten entrüstet zu haben. Freilich, die satte Moral, die Inhaber fetter Pfründen können sich nicht in die Lage der Arbeitslosen versetzen. Und was das Schlimmste ist: sogar das Eigenthum dreier Sozialdemokraten war nicht gegen die Angriffe des „Lumpenproletariats" gefeit! Was soll daraus noch werden? Man bedenke doch das Unglück, wenn sich die allgemeine Expropriation auch auf das Eigenthum der reichen Führer erstreckte! Da muß entschieden Wandel geschaffen werden. Deshalb gilt nur Derjenige als klassenbewußter Arbeiter, der vor dem sozialdemokratischen Privateigenthum eine heilige Scheu empfindet. Wer diesen Parteigrundsatz nicht respektirt, gehört zu den Lumpenkerls, zu dem großstädtischen Gesindel in Ballonmützen! Es macht auf den Beobachter einen unsagbar traurigen Eindruck, zu sehen, wie ein „Arbeiterorgan" die unglücklichen, verzweifelten Mitbrüder verleugnet, die Aermsten der Armen herzlos von sich stößt. Man verfährt da schlimmer und brutaler, als die herrschenden Klassen, über deren Pharisäermoral die Sozialdemokratie so oft in Entrüstung geräth! Die Herren müssen sich beschämen lassen von jenem (!) Nazarener, der sich gerade der Aermsten im Volke, der Mühseligen und Beladnen, der Verbrecher und Ausgestoßenen annahm. Sie haben kein Recht, sich als die praktischen Vertreter seiner Grundsätze hinzustellen . . . . Nun wohl: mag die Sozialdemokratie die Satten vertreten — wir werden um so nachdrücklicher die Sache der Hungernden führen. Wir scheuen uns nicht, als „Beschützer des Lumpenproletariats" beschimpft zu werden; wir sind uns des rechten Weges bewußt. Die satte Sozialdemokratie aber mag gefaßt sein, schließlich vom Hungerproletariat verschlungen zu werden."

In einem anderen Artikel des „Sozialist" heißt es:

„Unter den Klängen der Marseillaise marschirten dann die Manifestirenden durch die Königsstraße, über den Alexanderplatz und am Rathhause vorüber. Hier wurde drohend nach „Arbeit" gerufen. Und weiter ging es, über die Kurfürstenbrücke nach dem Schloßplatz und der Schloßfreiheit, wo die Massen sich riesig stauten. Tausendstimmig ertönte es: „Brod! Brod!" — „Wir verlangen Brod!" — „Arbeit wollen wir haben; wir haben das Recht auf Arbeit!" — „Es lebe das Proletariat!"

„. . . Auf der Schloßbrücke trat dem Zuge die erste Abtheilung von Schutzleuten entgegen. Sie wurde aber von der Menge mit fortgerissen. Revolutionäre Lieder absingend, ging es nun unter den Linden entlang. Hier stieß der Zug schließlich auf jenes Polizeikorps, das bei der Charlottenstraße Posto gefaßt hatte. Die Aufforderungen, aus einander zu gehen, blieben erfolglos. Vielmehr versuchte die Menge, geschlossen weiterzudringen. Unter dem Kommando mehrerer Polizeioffiziere wurden die Demonstranten nunmehr mit der blanken Waffe angegriffen."

Es ist wohl anzunehmen, daß die obigen Schilderungen aus betheiligten Kreisen stammen; wenn darum der „Vorwärts" sich gegenwärtig auch noch so sehr bemüht, die Tumultuanten von seiner Partei abzuschütteln, so wird ihm das in keinem Falle gelingen. Der ganze Verlauf der Krawalle, ihre Entstehung und die von der Menge gejohlten Schlagworte deuten auf sozialdemokratische Einflüsse hin. Die fortgesetzte Klassenhetze konnten gar keine andere Erfolge zeitigen, als gewaltthätige, brutale Uebergriffe, wie wir sie kürzlich erlebt und als beachtenswerthes Sympton bezeichnet haben.

— In Sachen des Volksschulgesetzes schreibt der Herausgeber der Wochenschrift „Christliche Welt", Pfarrer Rade, gegen die „Kreuz-Ztg.":

Ein ödes Schelten, wie in dem unglaublichen Ausfall gegen die Hallischen Professoren, oder Ausgrabungen aus einem Kollegienheft Beyschlags von 1864, oder gar Gemeinheiten wie jenes Eingesandte aus „Rembrandt als Erzieher", dessen Aufnahme die Redaktion heute hoffentlich sehr bedauert. Meint die „Kreuz-Zeitung" wirklich mit solchen Mitteln Jemanden für „den Wiederaufbau der Gesellschaft im christlich-konservativen deutschen Geist" zu erwärmen, den die Zedlitz'sche Vorlage an ihrem Theil mit herbeiführen soll? Unwillkürlich wird man durch solche Blüthen christlich-konservativer Journalistik an die Schattenseiten des Bündnisses erinnert, das in Preußen gewisse politische Kreise mit dem Christenthum geschlossen haben, und man fragt sich, was besser ist, offene Feindschaft gegen das Christenthum, oder diese Behandlung des Christenthums als Mittel zum Zweck. Man kennt doch sehr wohl den christlichen Lebenswandel so mancher der Herren, die dem Volke gern wollen die Religion erhalten wissen. Es giebt ein königlich preußisches Christenthum, das einem geradezu den Athem benimmt, wenn man aus gesunder kirchlicher Luft in diese Atmosphäre eintritt, und sein oberstes Kennzeichen ist, daß die Religion als politisches Machtmittel und Disziplin als die oberste Tugend der Kirche betrachtet wird. Von hier aus ergeben sich dann ganz eigenthümliche Ansichten vom Werthe der beiden Konfessionen, die man im Staate des großen Kurfürsten und des großen Königs für unmöglich halten sollte.

— Die Abgeordneten Dr. Dürr, Dr. Graf und von Schenckendorff haben, unterstützt von 45 anderen Mitgliedern der nationalliberalen Partei, die nachstehenden Anträge zum Normaletat der höheren Lehranstalten eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: A. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, I. die mit dem Normaletat herbeigeführte Verbesserung in den Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten als abgeschlossen nicht zu erachten und gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtergehälter weiterzuführen, II. Maßregeln zu treffen, um den Normaletat für die staatlichen höheren Lehranstalten auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehranstalten zur Durchführung zu bringen, III. die durch die Organisation der Schulen dauernd nothwendig gewordenen oder dauernd nothwendig werdenden Stellen bald thunlichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen. B. Dem § 3 des Normaletats nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß den bereits definitiv angestellten, sowie den demnächst anzustellenden ordentlichen, wissenschaftlichen Lehrern auf ihr Dienstalter der über drei Jahre hinausgehende Theil der Dienstzeit als remunerirte Hülfslehrer angerechnet werde, soweit nicht diese längere Dauer der Hülfslehrerzeit durch Ablehnung angebotener Stellen als ordentlicher Lehrer veranlaßt ist.

** Selbst die Dombaufrage ist neuerdings in der jetzt so beliebt gewordenen Weise der Erregung von Mißbehagen besprochen und zu diesem Behufe eine unzutreffende Darstellung der Angelegenheit verbreitet worden. Im Nachstehenden theilen wir darum den authentischen Sachverhalt mit:

„Der ursprünglich auf eine Bausumme von erheblich über 30 Millionen Mark veranschlagte Dombauplan fand auf allen Seiten der Landesvertretung entschiedenen Widerspruch. Wohl aber wurde von der überwiegenden Mehrheit die Geneigtheit bekundet, einen Staatszuschuß für den Bau zu bewilligen, welcher zu einer der Bedeutung der Kirche des Königshauses entsprechenden würdigen Predigtkirche nebst einem würdigen Campo santo für das Königshaus ausreiche, sofern der Staat nicht als Bauherr figurire und die Sicherheit gegeben sei, daß mit dem bewilligten Staatszuschuß der Bau sich ausführen lasse. Bezüglich der Bausumme selbst wurden feste Engagements nicht eingegangen, es wurde aber die Summe von 7 Millionen von einer Seite als eine solche bezeichnet, für deren Bewilligung man sich stark machen könne.

Inzwischen ist auf Anordnung Sr. Majestät der Bauplan umgearbeitet und zwar mit dem ausdrücklichen Ziele, die Baukosten bis auf 10 Millionen Mark zu ermäßigen. Der von Prof. Raschdorff aufgestellte Bauanschlag bezifferte, wenn man von den Kosten für den figürlichen Schmuck, welcher nach den Absichten Sr. Majestät zunächst überhaupt nicht zur Ausführung gelangen soll, absieht, sich auf nicht volle 10 Millionen Mark. Bei der Superrevision durch die oberste Baubehörde ist der Bauanschlag um einiges über die angesetzte Summe heraufgesetzt worden, es steht indessen zu erwarten, daß durch Verzicht auf einige Nebenausführungen und durch Ausscheidung eines auf Wasserbaufonds gehörigen Postens, auch der superrevidirte Anschlag sich nicht über 10 Millionen Mark stellen wird.

Dürften somit die sonst für die Zulänglichkeit der Bausumme für erforderlich erachteten Garantien, von welchen übrigens das Abgeordnetenhaus bezüglich des neuen Landtagsgebäudes abgesehen hat, in vollem Umfang gegeben sein, so ist überdies der formelle Befehl Sr. Majestät an die bauausführenden Organe ergangen, bei der Bau-Ausführung auf jeden Fall die Bausumme von 10 Millionen inne zu halten. Endlich ist durch einen Vertrag mit der Domgemeinde die Uebernahme des Baues durch die letztere als Bauherrin gesichert. Die Schwierigkeiten, welche neuerlich in der Sache erwachsen sind, laufen wesentlich auf die Auffassung hinaus, daß die Domgemeinde sich ihrer geringen Leistungsfähigkeit wegen zur Bauherrin nicht eigne, daß es vielmehr geboten sei, mit einem anderen, potenteren Rechtssubjekt vertragsmäßig die Ausführung des Baues gegen Gewährnng des Staatszuschusses zu vereinbaren und dabei möglichst das ganze Verhältniß des Fiskus zum Dome zu lösen. Die Höhe des Staatszuschusses mit 10 Millionen Mark wird zwar gleichfalls beanstandet, dürfte aber ein entscheidendes Hinderniß für die befriedigende Lösung der Frage nicht bilden. Die Verhandlungen der betheiligten Ressortministerien mit dem Seniorenkonvent sind nach inzwischen eingeholter kaiserlicher Entschließung heute wieder aufgenommen worden und wenngleich dieselben zu einem abschließenden Ergebniß noch nicht geführt haben, so ist doch die Aussicht auf eine Verständigung eröffnet.

** In den Bundesrathsausschüssen, welche den Checkgesetzentwurf vorberathen haben, soll verschiedenen von der Geschäftswelt beantragten Aenderungen des Entwurfs Rechnung getragen sein. So soll eine einheitliche Präsentationsfrist angenommen sein. Der im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Entwurf bestimmte bekanntlich, daß der Platzcheck spätestens binnen drei, der an einem anderen Orte des Reichsgebiets zahlbare Check spätestens binnen fünf Tagen dem Bezogenen am Zahlungsorte zur Zahlung präsentirt werden müsse. Nunmehr soll die Präsentationsfrist gleichmäßig in maximo auf fünf Tage festgesetzt sein. Auch sollen die Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren zum Zweck der Kraftloserklärung abhanden gekommener und vernichteter Checks erweitert sein. Nunmehr würde bei Einleitung des Aufgebotsverfahrens das Gericht auf Antrag des Berechtigten dem Bezogenen die Einlösung des Checks zu untersagen haben. Das Verbot soll gegen eine nach freiem Ermessen des Gerichts zu bestimmende Sicherheitsleistung des Antragstellers erlassen werden können, auch wenn der Verlust des Checks noch nicht glaubhaft gemacht ist. In diesem Falle soll zugleich dem Antragsteller zur Nachholung der Glaubhaftmachung eine Frist bestimmt werden, nach deren fruchtlosem Verlaufe das Verbot aufzuheben ist. Eine dem Verbote zuwider geschehene Einlösung des Checks soll dem Antragsteller gegenüber unwirksam sein. Ueber diese und andere Aenderungsvorschläge wird der Bundesrath sich schon in nächster Zeit im Plenum schlüssig machen, sodaß für die Mitte des laufenden Monats die Einbringung des Checkgesetzentwurfs an den Reichstag zu erwarten steht.

— Dem Landtage ist von dem Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten kürzlich eine Anzahl von Exemplaren „Amtlicher Mittheilungen aus der Staats-Forstverwaltung" zugegangen. Aus der dabei befindlichen Uebersicht Tabelle A Spalte 6 ergiebt sich, daß seit dem Jahre 1868 der Flächeninhalt der Staatsforsten angewachsen ist von 2,605,428 Hektar auf 2,706,789 Hektar, sich also um 101,361 Hektar, oder etwa 18,02 Quadratmeilen vermehrt hat, wozu noch 1682 Hektar dem Staat nur antheilig gehörigen Forsten kommen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in dem bezeichneten Zeitraum erhebliche Flächen zur Abfindung von Servitut-Berechtigungen und für gemeinnützige Zwecke, insbesondere für diejenigen der Militärverwaltung haben abgetreten werden müssen. Der Gesammt-Holzeinschlag ist nach Spalte 9 derselben Tabelle angewachsen von 6,715,111 Festmeter auf 9,427,169 Festmeter oder um 2,711,758 Festmeter. Pro Hektar der Holzbodenfläche hat die Abnutzung für das Etatsjahr 1890—91

an Derbholz	2,96 Festmeter,
„ Stock- und Reisigholz .	0,92 „
zusammen	3,88 Festmeter

betragen. Der für das Holz zur Kasse gelangte baare Erlös (also ausschließlich des Werthes der Freiholz-Abgaben) ist angewachsen von 36,160,167 Mark auf 63,168,080 Mark. Mit dem Etatsjahr 1890—91 haben die Gesammteinnahmen der Forstverwaltung bisher ihre größte Höhe erreicht. Sie haben nämlich mit Einrechnung des Taxwerthes der Freiholz-Abgaben 70,531,239 Mark erreicht gegen 43,396,195 Mark im Jahre 1868. Pro Hektar der nutzbaren Fläche belaufen sie sich auf 27,19 M. Dieser Einnahme stehen an dauernden Ausgaben für das Etatsjahr 1890—91 = 35,186,960 Mark gegenüber. Dieselben betrugen 1868 nur 21,518,683 Mark, sind also von 8,67 M. für den Hektar nutzbarer Fläche auf 13,56 M. gestiegen. Dementsprechend ist der Reinertrag unter Außerachtlassung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben angewachsen von 8,82 M. auf 13,63 M. Von Interesse ist es ferner, daß nach der Uebersicht drei im Jahre 1890—91 von dem gesammten Geldertrage für Holz 61,63 pCt. auf den Erlös aus dem Nutzholz entfallen, und daß nur noch in 4 Bezirken der Geldertrag aus dem Brennholz überwiegt. Im Regierungsbezirke Wiesbaden beträgt nämlich der Geldertrag für Nutzholz nur 27,85 pCt., in Schleswig 31,74 pCt., in Kassel 45,29 pCt. und in Stralsund 46,10 pCt. der Gesammt-Einnahme für Holz. Unter dem kontrollfähigen Ist-Einschlage für das Etatsjahr 1890—91 ist ein Antheil an Nutzholz enthalten gewesen von 45,6 Prozent. Im Jahre 1868 betrug derselbe nur etwa 29,1 pCt.

— Als es vor einigen Monaten bekannt wurde, daß an die Angehörigen der bei der bekannten Katastrophe im Herbst 1890 zu Witu ermordeten Mitglieder der Küntzelschen Expedition Entschädigungen in verschiedener Höhe gezahlt worden seien, berichtete eine offiziöse Korrespondenz, von kolonialfreundlicher Seite wäre dem auswärtigen Amt hierzu eine Summe von ungefähr 100,000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Jetzt verlautet, daß das Geld aus dem Fonds der Antisklaverei-Lotterie entnommen sei. Für die Wahrscheinlichkeit dieser Angabe sprechen verschiedene Gründe. Einmal wurde die Antisklaverei-Lotterie nur genehmigt unter dem Gesichtspunkt, daß ihre Erträgnisse für Aufgaben bestimmt sein sollten, für welche entweder keine etatsmäßigen Fonds vorhanden waren, oder für welche von amtlicher Seite keine Forderungen an den Reichstag gestellt werden sollten.

Als zum ersten Male 1890 Entschädigungs-Ansprüche in London von deutscher Seite erhoben wurden, erfolgte die Antwort, daß Großbritannien zur Zeit des Putsches in Witu den Besitz des Landes noch nicht thatsächlich ergriffen habe. Diesen Standpunkt scheint man in London festgehalten und in Berlin anerkannt zu haben; somit wäre England frei von jeder Zahlungs-Verpflichtung. Die deutsche Reichsverwaltung hätte danach ihre eigene Verpflichtung durch Entschädigung von Angehörigen der Ermordeten anerkannt. Es wird sich nun fragen, wie es mit der Entschädigung jener Deutschen gehalten werden wird, welche zwar mit dem Leben davon kamen, aber ihr gesammtes Eigenthum einbüßten. Hat man die Berechtigung eines Theiles der Ansprüche anerkannt, so würde man auch diejenigen des anderen Theiles nicht zurückweisen können.

Wiesbaden, 7. März. (W. T. B.) Dem „Rheinischen Kurier" zufolge hat der zur Kur hier weilende Oberbürgermeister v. Forckenbeck aus Berlin die Blättermeldung, daß er von seinem Amte zurückzutreten beabsichtige, als falsch bezeichnet. Er habe keine desfallsigen Gedanken geäußert und beabsichtige keineswegs, seinen Abschied zu nehmen.

Hamburg, 7. März. Die „Hamburger Nachrichten" theilen mit, Fürst Bismarck beabsichtige, auf Einladung des Lübecker Senats der Stadt Lübeck demnächst einen Besuch abzustatten.

Koburg, 7. März. Der Herzog von Koburg reist am 24. d. nach Nizza. Daselbst hat die Frau Herzogin schon seit mehreren Wochen Aufenthalt genommen. Die goldene Hochzeit des Fürstenpaares am 3. Mai d. J. wird auch in Nizza gefeiert werden. Mehrfache Gründe haben zu dem Entschluß geführt, das herzogliche Ehejubiläum in der Ferne und in möglichster Stille zu begehen. Im Koburger und im Gothaer Lande sind Stiftungen zur Fürsorge für Gesundheit und Alterspflege zur Feier der goldenen Hochzeit in Angriff genommen.

München, 7. März. (W. T. B.) Erzherzog Albrecht ist heute Abend zu mehrtägigem Besuche hier eingetroffen und am Bahnhof von dem Prinzregenten und dem Großherzog von Luxemburg empfangen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Paris hat Baron Hirsch zur Unterstützung der hiesigen Arbeitslosen 25,000 Gulden gespendet.

Wien, 7. März. Eine Hälfte der gespaltenen sozialdemokratischen Partei nimmt entschieden Stellung gegen die Hülfsaktion zu Gunsten der Arbeitslosen, sie verwirft die Spenden als entwürdigend und verlangt Arbeit, nicht Almosen für die Nothleidenden. Die Versammlungen jener Opponenten gestalten sich derart stürmisch, daß eine polizeiliche Auflösung derselben regelmäßig erfolgt. Inzwischen ist die Anzahl der Hülfesuchenden in riesigem Zunehmen begriffen.

Prag, 7. März. (W. T. B.) Gegenüber dem vom Klub der konservativen Großgrundbesitzer veröffentlichten Kommunique haben die deutschen Abgeordneten beschlossen, sich ihre Stellungnahme bis nach Einbringung der Ausgleichsvorlagen und bis eine diesbezügliche Erklärung seitens der Regierung vorliegt, vorzubehalten.

Pest, 7. März. (W. T. B.) Die Partei des Abgeordneten Ugron wird morgen im Abgeordnetenhause einen Adreßentwurf einbringen. In demselben wird die Treue und Ergebenheit gegen den König zum Ausdruck gebracht. Der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn vom Jahre 1867 wird als die Entwickelung beider Staaten hemmend dargestellt. Es werden sodann die bekannten Forderungen der Partei, wie reine Personalunion, selbstständiges Zollgebiet und Konsularwesen, getrennte ungarische Armeen, Wahlreform u. s. w. aufgeführt. Der Entwurf schließt mit den Wünschen für das Wohl, die Größe und den Ruhm des Königs.

Pest, 7. März. (W. T. B.) Die liberale Partei nahm einstimmig den von Bokroß vorgelegten Adreßentwurf an und sprach dem Minister Csaky ihr Beileid anläßlich des Todes seines Sohnes aus.

Pest, 7. März. (W. T. B.) Der Adreßentwurf des Oberhauses giebt der Befriedigung darüber Ausdruck, daß die freundlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten fortbestehen, spricht die Hoffnung auf eine möglichst baldige und günstige Lösung der Frage der Valutaregulirung aus und begrüßt es freudig, daß die Regierung das traditionelle gute Verhältniß zwischen Staat und Kirche pflege.

Frankreich.

Wie aus **Paris** berichtet wird, kann als hauptsächlicher Grund, weshalb man sich mit dem neuen Kabinet, das, von Constans abgesehen, ja das alte ist, befreundet, der angesehen werden, daß man von einer neuen Krisis nichts wissen will und zwar schon deshalb nicht, weil man vor den übeln Eindrücken, die abermalige Veränderungen in Rußland hervorrufen könnten, zurückschreckt.

Paris, 6. März. Das große geographische Werk von E. Réclus Nouvelle Géographie universelle steht jetzt vor seinem Abschlusse, der 18. und letzte Band ist gegenwärtig in Lieferungen zur Ausgabe gelangt. Im Jahre 1875 erschienen die ersten Bogen dieses geographischen Werkes ersten Ranges; in der Verbannung hat der Verfasser den Gedanken zu einer solchen Universal-Arbeit gefaßt. Er war 1871 von den Truppen der Versailler Regierung mit anderen Nationalgardisten gefangen und zur Deportation verurtheilt. Doch fand er Fürsprecher, namentlich von englischer Seite und auf bezügliche Verwendungen wurde die Strafe der Deportation in einfache Verbannung umgewandelt. Er hat sich seitdem in Italien und der Schweiz aufgehalten und dort seine große Arbeit aufgenommen. Réclus ist am 15. März 1830 zu Sainte-Foy-la-Grande (Gironde) geboren.

Paris, 7. März. (W. T. B.) In den Kohlengruben von Carmaux-Albi haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung. Bisher ist keine Ruhestörung vorgekommen.

Paris, 7. März. (W. T. B.) Deputirtenkammer. An Stelle des zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannten Vizepräsidenten Viette wurde Burdeau (radikal) zum Vizepräsidenten gewählt.

Italien.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" ist von offizieller Seite ermächtigt, das an einigen auswärtigen Börsen verbreitete Gerücht, die italienische Regierung beabsichtige einen Gesetzentwurf vorzulegen betreffend die Einführung einer 20prozentigen Kouponsteuer, für unbegründet zu erklären. Die Regierung denke nicht im entferntesten daran, irgend eine Steuer, gleichviel unter welcher Form, für die Rente einzuführen, welche letztere nach Ansicht der Regierung und des Parlaments unantastbar sei. Das Gerücht sei, wie die „Agenzia Stefani" hinzufügt, augenscheinlich auf die Absicht des Deputirten Canzio (radikal) zurückzuführen, einen Gesetzentwurf in dem obengedachten Sinne einzubringen. Die Regierung würde, sobald ein solcher Gesetzentwurf in der Kammer zur Berathung gestellt werden sollte, beantragen, denselben nicht einmal in Erwägung zu ziehen.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" ist von dem früheren Schatzminister Giolitti beauftragt, die Nachricht, daß letzterer sich einem fremden Publizisten gegenüber dahin ausgesprochen habe, daß die finanzielle Lage Italiens eine sehr ernste sei, für unbegründet zu erklären. Giolitti halte in vollem Umfange seine letzten, in der Kammer gethanen Aeußerungen aufrecht, durch welche er sein Vertrauensvotum für das Finanzprogramm des Kabinets gerechtfertigt habe; er betrachte nach wie vor die italienischen Finanzen als seit 3 Jahren in rascher Besserung begriffen und das Defizit als so vermindert, daß es keine Gefahr biete und leicht beseitigt werden könne.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Am Schlusse der Sitzung richteten Lazzaro und Genossen die Anfrage an die Regierung, welche Entschließung sie bezüglich der Weinzoll-Klausel in dem österreichischen Vertrage fassen werde.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Am Schluß der heutigen Kammersitzung wurde vom Deputirten Pugliese eine Anfrage an die Regierung eingebracht über die der Einfuhr italienischen Weins in Deutschland entgegenstehenden Schwierigkeiten.

Rom, 7. März. Wie verlautet, hat sich Graf Taverna entschlossen, den Botschafterposten in Berlin anzunehmen. Man zweifelt hier nicht daran, daß die Wahl des langjährigen ehemaligen Militärattachees in Berlin der deutschen Regierung genehm sein wird.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Nach hier eingegangenen Telegrammen ist heute Mittag 1 Uhr 10 Minuten in Milazzo ein heftiges wellenförmiges Erdbeben, um 12 Uhr 56 Minuten auf den Liparischen Inseln ein sehr starkes, mehrere Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt worden.

Großbritannien und Irland.

London, 6. März. Bei der gestrigen Debatte über die Bewilligung eines Subsidiums von 20,000 Lstr. an die britische ostafrikanische Gesellschaft zur Abmessung einer Eisenbahn von Mombassa nach dem Viktoria-See nahm Gladstone gleichfalls eine entgegenkommende Haltung ein und enthielt sich, nebst seinem Recken Harcourt, der Abstimmung. Letztere ergab daher (wie telegraphisch schon gemeldet) eine Mehrzahl zu Gunsten der Vorlage von 98. Allerdings lag da noch ein anderer Grund vor, der es Gladstone unmöglich machte, die feindliche Richtung, welche die Mehrzahl seiner Kollegen eingeschlagen hatte, zu unterstützen. Der Vorsitzende seines Wahlkomitees in Midlothian hatte sich nämlich unumwunden für die Vorlage erklärt. Gladstone nahm also an der Debatte überhaupt nicht Theil und schob Sir William Harcourt vor, um sich den Rücken zu decken. So wurde 2 Stunden lang opponirt, und der Schein wurde gewahrt. Warum die Regierung sich übrigens dabei auf den Standpunkt der Philanthropie stellte, ist nicht ganz klar, da es eine notorische Thatsache ist, daß die Eisenbahn vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, bezweckt, Uganda und die reichen Gegenden der See-Distrikte dem Handel zu erschließen. Daß durch Einführung eines schnellen Transportmittels dem Sklavenhandel Abbruch gethan wird, ist eine naturgemäße Folge, diese kann aber nicht als bona fide Triebfeder hingestellt werden, und wenn das, wie gestern seitens des Schatzkanzlers Goschen, geschieht, so ist es eben eine Heuchelei der schlimmsten Sorte. Die Aktionäre der obigen Gesellschaft haben eine halbe Million Lstr. nicht für philanthropische Zwecke angelegt, sie wollen und werden mit diesem Kapital ein glänzendes Geschäft machen. Der Sklavenhandel wird voraussichtlich dabei unterdrückt, vielleicht gänzlich ausgerottet werden, das wird er aber durch jeden Vorstoß der Zivilisation. Rein philanthropische Zwecke verfolgen in Afrika nur die Missions-Gesellschaften und selbst diese nicht immer.

Rumänien.

Bukarest, 7. März. (W. T. B.) Der König eröffnete heute in Gegenwart des Thronfolgers, Prinzen Ferdinand, das Parlament mit einer Thronrede, in welcher es heißt, die letzten Wahlen hätten unzweifelhaft die leitenden Ideen des Landes bekräftigt, welches vor Allem Ordnung und Stabilität der Verhältnisse verlange. Unter den angekündigten Vorlagen befinden sich Gesetzentwürfe, betreffend Kredite für landwirthschaftliche Zwecke auf einer neuen Basis, sowie betreffend eine Reform der Verwaltung, die Errichtung einer Landgendarmerie, die Entwickelung des Volksschulunterrichtes, eine Reform der Justiz, die Bewaffnung des Heeres mit dem neuen Gewehr, die Reorganisation der Kavallerie und den Neubau von Kasernen. Auf die auswärtige Lage übergehend, giebt der König der begründeten Hoffnung Ausdruck, daß die äußeren Verhältnisse das innere Reformwerk nicht stören würden, und stellt mit Freuden fest, daß alle Mächte ihren Willen, den Frieden zu erhalten, kundgegeben hätten. Rumänien befolge gleichfalls eine Politik des Friedens und der Ordnung. Der König sei stolz, sagen zu können, daß die Beziehungen Rumäniens zu den anderen Ländern die freundschaftlichsten seien. (Lebhafter Beifall.) — Der König und der Thronfolger wurden auf dem Wege nach dem Parlament und im Parlament lebhaft begrüßt.

18. Provinzial-Landtag von Pommern.

Stettin, 8. März.

Der 18. Provinzial-Landtag von Pommern wurde heute Mittag 12 Uhr im hiesigen Landhause durch den Herrn Oberpräsidenten Staatsminister v. Puttkamer, Excellenz, mit folgender Rede eröffnet:

Hochgeehrte Herren!

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Allergnädigst geruht haben, den 18. Provinziallandtag der Provinz Pommern auf heute zu berufen, heiße ich Sie beim Beginne Ihrer diesmaligen Sitzungen mit der Bitte willkommen, das meinem Herrn Amtsvorgänger entgegengebrachte, von ihm in so hohem Maße gerechtfertigte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen.

Der stetig anwachsende Umfang der Geschäfte der Provinzialverwaltung hat die Errichtung der Stelle eines fünften Landesraths erforderlich gemacht. Sie werden hierüber, sowie über die Besetzung der Stelle und die damit zusammenhängende statutarische Anordnung zu beschließen haben.

Um einem schon seit geraumer Zeit hervorgetretenen Bedürfnisse des Stettiner Handelsverkehrs entgegenzukommen, beabsichtigt die königliche Staatsregierung, dem Landtage der Mon-

archie den Plan einer umfassenden Vertiefung der Fahrrinne des Oderstroms von Stettin abwärts bis Swinemünde unter der Voraussetzung vorzulegen, daß die Provinzialvertretung ihr Interesse an diesem die Wohlfahrt der gesammten Provinz nicht minder wie die ihrer Hauptstadt angehenden Unternehmen durch eine Beisteuer von 400 000 Mark bethätigt. Die Regierung rechnet mit Zuversicht darauf, daß Sie dem hierauf abzielenden Vorschlage des Provinzialausschusses Ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Zur Bestreitung der Wiederherstellungskosten der geschichtlich und baulich bedeutungsvollen Kirche zu Bergen auf Rügen wird eine Beihülfe von Ihnen erbeten.

Ebenso werden Sie um eine angemessene Erhöhung des der Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Alterthumskunde seither bewilligten Beitrags angegangen werden.

Ihrer Beschlußfassung werden ferner unterbreitet werden einige nach vorliegenden Erfahrungen nothwendig gewordene Abänderungen des Reglements der Pommerschen Feuer-Sozietät, die Errichtung einer neuen Hebammenlehr-Anstalt, sowie die Bewilligung einer Beihülfe zum Bau von Tertiär-Eisenbahnen in den Kreisen Greifswald und Stolp. Ich empfehle namentlich die letzterwähnte Angelegenheit Ihrer eingehenden Würdigung. Diese Art von Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung sind allem Anscheine nach dazu bestimmt, in Zukunft für unser Verkehrsleben eine erhebliche Bedeutung zu erlangen, und es verdient daher alle Anerkennung, daß pommersche Kreise sich dazu entschließen wollen, der Provinz auf diesem Gebiete mit ihrem Beispiele voranzugehen.

Die Ausführung des im 1. April 1893 in Kraft tretenden Gesetzes vom 11. Juli 1891, die außerordentliche Armenlast betreffend, macht den Erlaß eines Reglements von Seiten der Provinz nöthig. Der Entwurf eines solchen wird Ihnen zur Prüfung und Genehigung vorgelegt werden.

In Gemäßheit des § 105b der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 steht den weiteren Kommunalverbänden die Befugniß zu, die für die verschiedenen Arten des Handelsgewerbes festgesetzte Dauer der Sonntagsruhe angemessen zu verkürzen. Sie werden sich darüber schlüssig zu machen haben, ob und in welchem Umfange Sie für den Bereich unserer Provinz von dieser Befugniß Gebrauch machen wollen.

Die königliche Staatsregierung ersucht Sie endlich um Ihr Gutachten darüber, ob es angezeigt erscheint, auf die bereits dem vormaligen 14. Provinziallandtage im Jahre 1861 zur Erwägung gestellte, von diesem jedoch abgelehnte Einführung des auf die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse bezüglichen Abschnitts des Gesetzes vom 2. März 1850 in Neuvorpommern und Rügen zurückzukommen.

Die Finanzen der Provinz befinden Sich dank einer umsichtigen Verwaltung in guter Ordnung. Sie werden sich die Prüfung und Feststellung des Provinzialhaushalts-Etats für das Jahr 1892—93 unter Festhaltung an den bewährten Grundsätzen der Wirthschaftlichkeit angelegen sein lassen.

Indem ich Sie, geehrte Herren, einlade, in Ihre Arbeiten einzutreten, erkläre ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs den 18. Provinzial-Landtag für eröffnet.

Als Alterspräsident brachte sodann Bürgermeister Hintze-Ueckermünde ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Demnächst wurde zur Bureauwahl geschritten und durch Zuruf die Herren von Köller-Cantreck zum Vorsitzenden, Oberbürgermeister Haken-Stettin zu dessen Stellvertreter und Bürgermeister Kleinfeld-Usedom, Landrath Balan-Schlawe, Landrath Breyer-Greifswald und Bürgermeister Ahlsdorff-Bütow zu Schriftführern gewählt. — Den seit der letzten Landtagssession Verstorbenen — Freischulzenhofbesitzer Martin-Degow, Landrath v. Hagen-Premslaff und Rittergutsbesitzer Mühlenbeck-Wachlin — widmet der Vorsitzende warme Worte der Erinnerung. Die Versammlung ehrt das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Ausgeschieden sind die Herren Bürgermeister Giesebrecht-Stettin, Oberbürgermeister Stössel-Stolp und Regierungsrath Schöller-Greifswald. — Neu eingetreten sind die Herren Amtsgerichtsrath a. D. Krause-Stolp, Stadtrath Dr. Dohrn-Stettin, Amtsvorsteher Lebedur-Pritzlow und Landrath Breyer-Greifenhagen.

Als Vertreter der Regierung sind neben dem Herrn Oberpräsidenten die Herren Ober-Präsidial-Rath Hagen, Regierungsrath von Strantz und Regierungs-Assessor von Puttkamer anwesend.

Es folgt die Ausloosung der Mitglieder in die Abtheilungen und Kommissionen, sowie Vertheilung der Arbeiten. Um 1 Uhr erfolgt eine einstündige Pause.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. März. Wie die „N. St. Z." mittheilt, hat auch für Stettin die Steuererhebung nach dem neuen Einkommensteuergesetz ein die früheren Steuererträge weit übersteigendes Ergebniß gehabt. Der jetzt erzielte Ertrag hat sich gegen früher nahezu verdoppelt. Während nach dem bisherigen Verfahren sich der Steuerertrag auf 570,000 Mark stellte, hat sich durch die Selbsteinschätzung nach dem neuen Gesetz der Ertrag auf ungefähr eine Million Mark erhöht. Der Bericht über die erfolgte Einschätzung ist vom Magistrat dem Minister bis zum 20. März zu erstatten.

* Der Bezirks-Verein „Oberwiek" hatte gestern Abend in Christianis Saal in der Bellevuestraße einen Vortrags- und Gesellschaftsabend arrangirt, welcher sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte und in jeder Weise befriedigend verlief. Herr Oberlehrer Dr. C. Meyer hielt zunächst einen interessanten Vortrag über „Schweden" unter Vorführung von zahlreichen vergrößerten Photographien (als Nebelbilder). Nachdem Vortragender einen allgemeinen Ueberblick über die skandinavische Halbinsel gegeben und hierbei einen Vergleich mit Italien gezogen hatte, ging derselbe des Näheren auf Schweden selbst mit seinen zahlreichen Flüssen ein und führte besonders einzelne Bilder von Stockholm vor. Diese Stadt ist erbaut auf festem Granitboden, und hat 300,000 Einwohner. Sehenswerth ist die Riddha-Holmkirche, in welcher zwar nicht mehr Gottesdienst abgehalten wird, wo aber die Fürsten beigesetzt sind. In dieser Kirche ruht auch der den Deutschen gewiß bekannte König Gustav Adolf. Sodann kam Redner auf die berühmte Universitätsstadt Upsala zu sprechen, wandte sich weiter nach Göteborg, um nunmehr einen Blick auf die zu Schweden gehörigen Inseln Wisby, Oeland zu werfen. Auch die zahlreichen Wasserfälle unterzog Vortragender einer Besprechung. Des Weiteren entwarf er eine Schilderung der Lappländer, kennzeichnete die Trachten der Schweden, um endlich mit der Vorführung des Bildes von König Oskar II. zu schließen. Herrn Dr. Meyer wurde für seinen Vortrag der Dank ausgesprochen. Instrumental- und Vokal-Konzert, sowie Deklamationen wechselten sodann mit einander ab und beschloß ein Tänzchen den Abend.

* Der Termin, bis zu welchem im Bezirke der Stadt Stettin in diesem Jahre das Abraupen der Obstbäume zu geschehen hat, wird auf den 1. April festgesetzt.

* Der Arbeiter Otto Friedrich verübte in letzter Nacht auf der Lastadie Skandal, so daß er vom Wächter zur Ruhe aufgefordert werden mußte. Nun aber erging sich Fr. in Beleidigungen gegen den Beamten; als dieser zur Verhaftung schreiten wollte, kam der Arbeiter Pelzer hinzu, welcher versuchte, den Arrestanten zu befreien, so daß alsdann beide verhaftet wurden. — Weiter wurde der Tischlergeselle Hermann Fischer verhaftet, weil er in der Pölitzerstraße einen Schneidermeister mit einem Messer bedroht hatte.

* Die von Rotzkrankheit befallenen 4 Pferde des Fuhrherrn Strüwing mußten auf Anordnung der Behörde getödtet werden.

* Der Arbeiter Wilhelm Schubert hat sich am 23. v. M. von seiner Wohnung Berlinerstraße 72 entfernt, um Arbeit zu suchen, ist jedoch nicht wieder dorthin zurückgekehrt, so daß man vermuthet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist.

— Das Kurhaus zu Ost-Dievenow ist für die bevorstehende Saison an den Restaurateur Gustav Schmiedel. Inhaber der Gesellschaftssäle in Berlin, verpachtet.

— Das gesetzliche Recht des kaufmännischen Agenten auf Provision für seine Geschäftsbesorgungen auch ohne vorhergehende Vereinbarung (Artikel 290 des Handelsgesetzbuchs) fällt, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Zivilsenats, vom 29. Dezember 1891, fort, wenn der Agent in das von ihm vermittelte Geschäft als Selbstkontrahent mit eintritt.

— Am Mittwoch wird zum 15. Male der beliebte Schwank „Großstadtluft" im Stadttheater zur Aufführung gelangen. Wir machen das lachlustige Publikum hierdurch auf diese Vorstellung aufmerksam.

— Die Kaufleute Paul Dannenfeldt, Birken-Allee 41, und Kollmar Dettloff, Lastadie 11, haben je eine amtliche Verkaufsstelle für Postwerthzeichen übernommen.

* In der Zeit vom 28. Februar bis zum 5. März d. Js. sind hierselbst 25 männliche und 20 weibliche, in Summa 45 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 4 Kinder unter 5 und 19 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 3 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 2 an Abzehrung, 2 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 2 an Durchfall und Brechdurchfall, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an anderen chronischen Krankheiten, 1 an Lebensschwäche bald nach der Geburt, 1 an Bräune, 1 an Diphtheritis, 1 an Gehirnkrankheit, 1 an anderer entzündlicher Krankheit. Von den Erwachsenen starben 6 an anderen chronischen Krankheiten, 3 an Schwindsucht, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 3 an Schlagfluß, 3 an Altersschwäche, 2 an Diphtheritis, 2 an Entzündung des Unterleibs, 1 an Abzehrung, 1 an Rose, 1 an Krebskrankheit, 1 an Gehirnkrankheit.

Aus den Provinzen.

Greifenhagen, 7. März. In der Nacht vom 21. zum 22. Juli v. Js. wurden die hiesigen Fischer Karl Nebel II, Johann Nebel II und Martin Steinke, welche dem Fischmeister Maaß bei einer Revisionsfahrt Hülfe leisteten, in einem Zusammentreffen mit auswärtigen Raubfischern verwundet. Nachdem die Gegner nunmehr wegen Raubfischerei und Körperverletzung rechtskräftig bestraft sind, ist den genannten hiesigen Fischern zum Zeichen der Anerkennung für ihre thatkräftige Hülfe vom Herrn Regierungs-Präsidenten je eine Geldprämie bewilligt worden.

Greifswald, 5. März. Seit einer ganzen Reihe von Jahren hat es nicht an Bemühungen gefehlt, der Stadt Greifswald ein Kriegerdenkmal zu beschaffen. Mancherlei Umstände stellten sich dem Erfolge entgegen. In günstige Bahnen ist nun neuerdings die Angelegenheit gelenkt worden. Es hat nämlich die Lauchhammer-Hütte, welcher die Lieferung der Wasserrohre für die städtische Wasserleitung übertragen war, sich der Stadt gegenüber erboten, ihr einen Kunstbrunnen im Werthe von 8000 Mark zum Geschenk zu machen. Die Aufforderung des hier zur Errichtung eines Kriegerdenkmals bestehenden Komitees, die Lauchhammer-Hütte möge den Kunstbrunnen in solcher Weise gestalten, daß er zugleich als Kriegerdenkmal dienen könne, hat Entgegenkommen gefunden. Ein Anschlag über die Gesammtkosten, Lieferung des Wasserbehälters, Aufstellung u. s. w. eingeschlossen, hat den Betrag von 18,000 Mark ergeben. Da die Lauchhammer-Hütte 8000 Mark bestreitet, rund 4000 Mark durch die Sammlungen des Komitees aufgebracht sind, war noch die Summe von 6000 Mark zu decken. Das Komitee wandte sich an die Stadt mit der Bitte, in geeignet erscheinender Weise diesen Betrag zu übernehmen. Es ist dem Wunsche gewillfahrt worden, und zwar in folgender Weise. Aus den Zinsen des Witte'schen Vermächtnisses, welche zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden dürfen, sollen 3000 Mark gespendet werden und 1000 Mark aus den Erträgen der Stiftung, welche gleichfalls zu gemeinnützigen Zwecken Rathsherr Holst der Stadt hinterlassen hat, sodaß nur der Rest von 2000 Mark aus der Stadtkasse zu zahlen ist. — Da das Lauchhammer Werk, ebenso das Geschäft, von welchem der aus Zementguß herzustellende Wasserbehälter bezogen werden soll, eine Beschleunigung der Lieferung zugesagt haben, steht in Aussicht, daß die Absicht, das mit dem Kunstbrunnen verbundene Kriegerdenkmal am nächsten Sedantage zu enthüllen, sich ausführen lassen wird. — Geplant ist das Denkmal in Gestalt eines vierseitigen Obelisken, welcher die Siegesgöttin von Rauch in Nachbildung trägt. Die Vorderseite des Brunnens wird nach Norden gerichtet sein, was den Verkehrsverhältnissen des großen Marktes entspricht, in dessen Mitte das Denkmal stehen soll. Der Verbrauch des Wassers ist auf 3 Sekunden Liter veranschlagt, wovon die Hälfte zurückgewonnen wird. — Die Lösung der Kriegerdenkmalsfrage kann als eine sehr glückliche bezeichnet werden. Greifswald erhält ein monumentales Werk, das seinen Marktplatz ziert und den Abschluß der für die Stadt so wichtigen Anlage ihres Wasserwerkes zum Ausdruck bringt. Die Einwohnerschaft in Verbindung mit der städtischen Verwaltung trägt, wenn auch spät, doch in ganz würdiger Art an Diejenigen, welche für die Größe des Vaterlandes ihr Leben opferten, eine Ehrenschuld ab, und da an der einen Seite der Säule ein Medaillonbild Kaiser Wilhelms I. angebracht werden soll, wird auch das Gedächtniß an den Begründer des deutschen Reiches geehrt. Es wird dadurch in Wechselbeziehung treten das auf dem Markte aufgestellte Denkmal „Kaiserbrunnen" mit der Kaiserlinde auf dem Karlsplatze, die im Jahre 1872 bei der ersten Feier des Sedanfestes gepflanzt wurde. (Stralf. Ztg.)

♂ **Bütow**, 6. März. In Hoffmanns Hôtel fand gestern die statutenmäßige Generalversammlung des Bütower Kreislehrervereins statt. Herr Lehrer Rennhack erstattete zunächst den Vorstandsbericht über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre. In Folge des Beschlusses der vorjährigen Generalversammlung hat der Verein im vergangenen Jahre 11 Versammlungen abgehalten, davon waren 9 der ernsten Arbeit gewidmet. Es sind 7 größere Arbeiten geliefert worden: 1. „Der Lehrer im öffentlichen Leben" (Schwarz in Pomeiske.) 2. „Wie lernen die Kinder gut sprechen?" (Koltermann in Borntuchen.) 3. Schädliche und wohlthätige Einflüsse des öffentlichen Lebens auf die Erziehung der Schuljugend" (Mehl in Bütow.) 4. „Die Lehrerbildung" (Pahnke in Bütow.) 5. „Was hat die Schule zu thun, um den verderblichen Einflüssen des öffentlichen Lebens auf die Erziehung entgegenzuarbeiten?" (Herrmann in Bütow). 6. Die Gesundheitspflege in der Volksschule" (Grüneberg in Bernsdorf). 7. „Der Geschichtsunterricht nach der kaiserlichen Ordre vom 1. Mai 1890 und den betreffenden ministeriellen Ausführungsreskripten", (Schubert in Damsdorf). Einige Konferenzen waren nicht, wie es der Vorstand wünschte, so besucht, daß die Referenten für ihre aufgewendete Mühe voll und ganz entschädigt waren. Herr Lehrer Ladewig in Bütow erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse des Vereins. Die Versammlung erkannte die exakte Kassenführung des Rendanten an und ertheilte ihm Decharge. Darnach fand Neuwahl des Vorstandes statt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Lehrer Rennhack-Bütow, zum Stellvertreter des Vorsitzenden und Schriftführer Herr Lehrer Klemm-Wusseken, zum Rendanten Herr Lehrer Herrmann-Bütow und zum Stellvertreter des Schriftführers Herr Lehrer Grüneberg-Berndorfs gewählt.

♂ **Bütow**, 7. März. Der hiesige landwirthschaftliche Verein hielt am vergangenen Sonnabend in Steinhauers Hotel unter Vorsitz des Gutsbesitzers Kuschel in königl. Damerkow eine Sitzung ab, die mit einer Samenbörse eröffnet wurde. Dabei fand ein allgemeiner Meinungsaustausch statt. Als Delegirte zu den Hauptversammlungen in Stettin wurden die Herren Ehrlich, Schimmelpfennig und Boesel gewählt. Bei der Frage: Welche Hafersorten empfehlen sich am besten zum Anbau? empfiehlt der Vorsitzende den sogenannten Wobesder-, Herr Daemicke den amekanischen Prolefik-Hafer; beide Herren haben gute Resultate bei dem Anbau erzielt. Hierauf wurden die Erfahrungen über Viehversicherung erörtert. Nach Ansicht der Versammlung liegt im hiesigen Kreise kein Bedürfniß vor, landwirthschaftliches Vieh zu versichern; solche Versicherung empfiehlt sich vielmehr für Lohnfuhrwerksbesitzer. Statuten der Dresdener Viehversicherung sollen in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die nochmalige, endgültige Beschlußfassung über Import von Rinderzuchtmaterial und event. Ergänzung des Vereinsvorstandes durch Wahl von Kommissarien zu diesem Zweck. Nachdem Herr Ehrlich die Erfahrungen, welche der Rummelsburger landwirthschaftliche Verein mit dem Import gemacht, mitgetheilt hat, beschließt der Verein einstimmig den Import von Rinderzuchtmaterial. Es sollen Thiere Holländer Rasse, eine Waggonladung von 15—20 Stück im höchsten Alter von ¾ Jahren, importirt werden, vorzugsweise Thiere männlichen Geschlechts, doch ist es der Kommission überlassen, auch ausnahmsweise einige Thiere weiblichen Geschlechts zu erstehen. Dieselben sollen durch öffentliche Versteigerung in Bütow Jedermann zugängig gemacht werden. Die Versammlung bevollmächtigte die Kommission, alles auszuführen, was im Interesse des Vereins und des Geschäfts liegt, und den Verein nach allen Seiten hin zu vertreten. Zum Schluß wurde noch beschlossen, das Endziel dieses Importes bis zum 1. Mai d. J. in Aussicht zu nehmen und das nöthige Geld von der Reichsbank oder in sonst geeigneter Weise durch den Vorsitzenden und die Kommissionsmitglieder für Rechnung des Vereins zu beschaffen.

Sprechsaal

für Kundgebungen aus unserm Leserkreise.

[Aus Treptow a. R. eingesandt.]

Zu dem am 28. Februar a. cr. stattgefundenen Feuer, welches bei dem Bauerhofsbesitzer Timm in Kirchhagen entstanden ist und sowohl die Hoflage des p. Timm, als auch die Hoflage des Halbbauerhofsbesitzers Kasten in kürzester Zeit einäscherte, wird bemerkt, daß das Umsichgreifen des Feuers nicht so schnell hätte stattfinden können, wenn bei den im Jahre 1890 ausgeführten Baulichkeiten auf dem Grundstücke des p. Timm den Bestimmungen der Bau-Polizei-Ordnung vom 5. November 1880 nur einigermaßen nachgekommen wäre. Nach den §§ 7 und 8 der Bau-Polizei-Ordnung vom 5. X. 80. ist genau angegeben, in welcher Art Gebäude auf einem Grundstücke zu einander und zu anderen Grundstücken aufgeführt werden müssen. Nach Bestimmungen mußte der im Jahre 1890 neu aufgeführte Stall auf dem Grundstücke des p. Timm feuersicher eingedeckt werden und nicht mit Stroh oder Rohr, ferner mußte der Stall, sowohl nach dem neu angebauten Theile des Thorzimmers, als auch nach dem Wohnhause hin, mit einer Brandmauer versehen werden. Die Brandmauern als auch die feuersichere Eindeckung des Stalles hätten das Gehöft des p. Kasten sicher so lange geschützt, daß die herbeigeeilten Spritzen die Gebäude weiter schützen konnten und wenigstens solange, daß doch noch das Inventar des p. Kasten hätte gerettet werden können. Sicher ist aber, daß die beiden Knechte, die nur mit großer Anstrengung, erst nach 1½ Stunden nach Eintreffen der ersten Hülfe auf der Brandstelle, aus dem neuerbauten Stalle des p. Timm gerettet werden konnten, unbehindert und ohne Schaden an ihrer Gesundheit hätten den Stall verlassen können, wenn der Stall seiner Zeit vorschriftsmäßig wäre ausgeführt. Nach § 3 der qu. Bau-Polizei-Ordnung heißt es unter Anderem wörtlich: „Sämmtliche Zeichnungen sind sowohl von dem Bauherrn als von ihren Verfertigern zu unterschreiben und in doppelter Ausfertigung einzureichen. Bauzeichnungen und Situationspläne müssen außerdem mit dem Maßstabe versehen sein, nach welchem sie angefertigt werden. Ungenügende Zeichnungen werden zur Vervollständigung zurückgegeben. Liegen gegen die Zuverlässigkeit desjenigen, welcher die Zeichnungen angefertigt hat, Bedenken vor, so kann der Amtsvorsteher die Mitwirkung eines geeigneten Sachverständigen auf Kosten des Bauherrn verlangen." Wie die Anfertigung der Zeichnungen ausgeführt werden soll, besagt dieser Paragraph auch genau. Gegen diesen Paragraph wird von den Amts-Vorstehern in vielen Fällen gefehlt, hierdurch wird dann auch bei der Ausführung des Baues gefehlt und tritt dann eine Feuersbrunst ein, wobei, wie bei dieser, ein Mensch so schwer verbrannt ist, daß er in Lebensgefahr schwebt, so tritt nach Lage der Sache die berechtigte Frage auf: „Wen trifft die Schuld?" Gegen die Handhabung der Bau-Polizei-Ordnung ist schon von Seiten der vereinigten Maurer-Zimmerer- p.p. Innung zu Treptow a/R. höheren Orts Beschwerde geführt, jedoch ohne Erfolg. Der Befähigungs-Nachweis ist höheren Orts auch abgelehnt und somit wird wohl noch solchen Zuständen Vieles zum Opfer fallen müssen, auch tüchtige, geprüfte Maurer- und Zimmermeister immer weniger als Unternehmer auftreten.

Kunst und Literatur.

Hesse-Wartegg, Ernst von, Nord-Amerika, seine Städte und Naturwunder, das Land und seine Bewohner in Schilderungen auf Grundlage langjähriger Beobachtungen und vieler Reisen durch den ganzen Kontinent. Wohlfeile Ausgabe der 2. vermehrten und verbesserten Auflage. Lief. 1 Preis 50 Pf. Vollständig in 30 Lieferungen. Leipzig, Verlag von Gustav Weigel.

Die Idee der Verlagshandlung, den zweifellos vielen Besuchern der in diesem Jahre in Chicago anläßlich der 400jährigen Wiederkehr des Tages der Entdeckung Amerikas veranstalteten Weltausstellung und den vielen Deutschen, die, sei es in geschäftlicher oder verwandtschaftlicher Hinsicht, enge Fühlung mit Amerika haben, eine billige Ausgabe des anerkannt schönen Hesse-Wartegg'schen Werkes zu bieten, kann nur eine gelungene genannt werden und ist freudig zu begrüßen. Wir sind überzeugt, daß auch diese Ausgabe, deren Ausstattung eine gediegene, dem Buche viele neue Freunde, hüben wie drüben, erwerben wird. [10]

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. März. Wetter: Trübe, leichter Schneefall. Temperatur + 1° Reaumur, Morgens — 2° Reaumur. Barometer 762 Millimeter. — Wind: NW.

Weizen flau, per 1000 Kilogramm loko 205—218 per April-Mai 212,50 bez., per Mai-Juni 213,50—215,50 bez., 214,75 B. u. G., per Juni-Juli 215 B. u. G.

Roggen flau, per 1000 Kilogramm loko pommerscher 204—208 bez., per April-Mai 213,50 G., 214 B., per Mai-Juni 211 bez., per Juni-Juli —,—, per Juli-August —,—.

Gerste unverändert, per 1000 Kilogramm loko 150—176 bez., Märker —,— bez.

Hafer unverändert, per 1000 Kilogramm loko 150—157 bez.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus matter, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 44 nom., loko 50er —,—, per April-Mai 70er 45,0 nom., per Juli-August 70er 46,2 bez., per August-September 70er 46,3 nom., per September-Oktober —,—.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 8. März. Weizen per April-Mai 198,00 bis 197,25 Mark, per Mai-Juni 199,00 Mark, per Juni-Juli 200,75 Mark.

Roggen per April-Mai 211,00 bis 209,25 Mark, per Mai-Juni 207,50 Mark, per Juni-Juli 206,00 Mark.

Rüböl per April-Mai 53,50 Mark, per September-Oktober 54,00 Mark.

Spiritus loko 70er 45,00 Mark, per April-Mai 70er 44,90 Mark, per August-September 46,00 Mark.

70er-**Hafer** per April-Mai 152,25 Mark, per Juni-Juli 154,00 Mark.

Petroleum per März. 23,50 Mark.

London. Wetter: Frost.

Berlin, 8. März. Schluß-Course.

Preuß. Consols 4%	106 50	London kurz	205 65
do. do. 3½%	99,00	London lang	204,05
Deutsche Reichsanl. 3%	84 70	Amsterdam kurz	— 32
Pomm. Pfandbriefe 3½%	96,00	Paris kurz	163,75
Italienische Rente	99,40	Belgien kurz	81 00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,70	Bredow. Cement-Fabr.	80 90
Ungar. Goldrente	92,40	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	93 00 / 78 75
Rumän. 1881er amort. Rente	96,80	Stett. Chamotte-Fabr. Didier	262,75
Serbische 5% Rente	80,40	„Union", Fabrik chem Produkte	117 80
Griechische 6% Goldrente	6850	**Ultimo-Course:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	95,70	Disconto-Commandit	184,75
do. do. von 1880	92 70	Berliner Handels-Gesell.	136,75
Mexikan. 6% Goldrente	80 10	Oesterr. Credit	170,90
Oesterr. Banknoten	172,20	Dynamite-Trust	135 25
Russ. Banknot. Cassa	203,20	Bochumer Gußstahlfabrik	107,00
do. do. Ultimo	207,6.	Laurahütte	100,50
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	10360 / 100,50	Harpener	100,00
do. (110) 4%	100,00	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	127,50
do. (100) 4%	—,—	Dortm. Union St.-Pr. 6%	52,00
P. Hyp.-A.-B. (100) 4%		Ostpreuß. Südbahn	71,80
V.—VI. Emission	101 30	Marienburg-Mlawka-bahn	5530
StettVulc.-Act.Litt.B	110,50	Mainzerbahn	115,50
StettVulc.-Prioritäts	—,—	Norddeutscher Lloyd	92,10
Stett Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. a 1000 M.	126,25	Lombarden	40 10
6 proz Prioritäten	—,—	Franzosen	128,60
Petersburg kurz	—,—		

Tendenz fest.

Bremen, 7. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 6,35 B. Baumwolle ruhig.

Wien, 7. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 10,44 G., 10,47 B., per Herbst 9,48 G., 9,51 B. Roggen per Frühjahr 9,85 G., 9,88 B., per Herbst 8,51 G., 8,54 B. Mais per Mai-Juni 5,65 G., 5,68 B., per Juli-August 5,75 G., 5,78 B. Hafer per Frühjahr 6,18 G., 6,21 B., per Herbst 6,06 G., 6,10 B.

Pest, 7. März, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko flau, per Frühjahr 10,19 G., 10,21 B., per Mai-Juni 10,17 G., 10,19 B., per Herbst 9,24 G., 9,26 B., Hafer per Frühjahr 5,72 G., 5,74 B. Neumais per Mai-Juni 5,30 G., 5,31 B. Kohlraps per August-September 13,35 G., 13,45 B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 7. März Java-Kaffee good ordinary 54,00.

Amsterdam, 7. März, Nachmittags Bancazinn 54,12.

Amsterdam, 7. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 232, per Mai 241. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fest, per März 221, per Mai 228. — Rüböl loko 28,00, per Mai 26,87, per Herbst 27,87.

Antwerpen, 7. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig Hafer unverändert. Gerste ruhig.

Antwerpen, 7. März, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 15,00 bez. u. B., per März 15,00 B., per April 15,50 B., per September-Dezember 15,50 B. Schwächer.

London, 7. März. 96% Javazucker loko 15,87, ruhig. — Rübenrohzucker loko 14,25 ruhig.

London, 7. März. Chili-Kupfer 45,50, per 3 Monat 46,12.

Glasgow, 7. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 499,964 Tons gegen 545,031 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 20 im vorigen Jahre.

Newyork, 7. März, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per April 59,12. Weizen per Mai 100,50.

Newyork, 7. März. Wechsel auf London 4,85¼. Petroleum in Newyork 6.40, in Philadelphia 6,35, rohes (Marke Parkers) 5,70. Pipe line certif. per April — D. 59¼ C. Mehl 4 D. 00 C. Rother Winter-Weizen loko 1 D. 04⅝ C. Rother Weizen per März 1 D., 00¾ C., per April 1 D. 01½ C., per Mai 1 D. 99½ C. Getreidefracht 4,00 Mais per April 50,00. Zucker 3. Schmalz loko 6,80. Kaffee Rio Nr. 7 14⅝. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 12,87. Kaffee per Juni ord. Rio Nr. 7 12,32. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 100,50.

Newyork, 7. März. Bestand an Weizen 41,555,000 Bushels, do. an Mais 11,057,000 Bushels.

Paris, 7. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours vom 5.
3% amortisirb. Rente	97,75	97,50
3% Rente	96,95	96,70
4½% Anleihe	105,30	105,20
Italienische 5% Rente	87,65	87,75
Oesterr. Goldrente	95,50	95¾
4% ungar. Goldrente	91,75	91,68
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	93,55	93,35
4% unifiz. Egypter	485,00	483,12
4% Spanier äußere Anleihe	58⅝	58¾
Convert. Türken	19,32½	19,20
Türkische Loose	73,60	73 40
5% privil. Türk.-Obligationen	422,00	421 25
Franzosen	612,50	615,00
Lombarden	198,75	198 75
„ Prioritäten	—,—	299,00
Banque ottomane	538,00	537,00
„ de Paris	620,00	615,00
„ d'escompte	155,00	160,00
Crédit foncier	1213,00	1212,00
„ mobilier	145 00	140,00
Meridional-Aktien	587 00	588,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
„ 5% Obligationen	20,00	19,00
Rio Tinto-Aktien	445,60	435,60
Suezkanal-Aktien	2723,00	2707,00
Gaz Parisien	1492,00	1482,00
Credit Lyonnais	785,00	785,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	541,00	545,00
Transatlantique	543,00	545,00
B. de France	4420,00	4430,00
Ville de Paris de 1871	409,00	409,00
Tabacs Ottom.	358,00	357,00
2¾ Cons. Angl.	96,25	96,2.
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt	122⅞	122¹³⁄₁₆
Wechsel auf London kurz	25,20	25,20½
Cheque auf London	25,21½	25,22
Wechs. Amsterdam k.	206,18	206,25
„ Wien. k.	209,50	209,75
„ Madrid k.	425,00	426,00
Comptoir d'Escompte neue	487,00	487,00
Robinson-Aktien	83,50	82,50

Woll-Berichte.

Antwerpen, 7. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4,17½, per Juli 4,25, per Oktober 4 30 Käufer.

Bradford, 7. März. (W. T. B.) Wolle fest, ruhig; Garne gedrückt und billiger verkäuflich; Stoffe geschäftslos.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 8. März. Der Großherzog ist seit heute Nacht bewußtlos, das Schlucken äußerst erschwert.

Pest, 8. März. In Folge des starken Eisganges wurde der gesammte Schiffsverkehr auf der Theiß eingestellt.

Lemberg, 8. März. In Folge des starken Schneefalles mußte der Verkehr auf der Lokalbahn Kolomea eingestellt werden.

Rom, 8. März. Der Antrag Canzio's auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit finde im Senat sowohl wie auch in der Kammer zahlreiche Anhänger. Der „Diritto" fordert eine gleichzeitige Reform des Rekrutenwesens.

Lissabon, 8. März. Die Deputirtenkammer hat die Brüsseler Antisklaverei-Akte genehmigt.

London, 8. März. Der „Times" wird aus Teheran von gestern gemeldet, nach einem daselbst eingegangenen Telegramm aus Misted sei in Ibrat die Choleraepidemie ausgebrochen und breite sich weiter aus. Mehrere Fälle seien auch in Kuhsan an der persisch-afghanischen Grenze vorgekommen.

Sofia, 8. März. Die Regierung beschloß eine Anzahl Kanonenboote für den Dienst auf der Donau in England herstellen zu lassen.

Jassy, 8. März. Hier trat neuerdings ein 16 Stunden anhaltender, furchtbarer Schneesturm ein. Der Schnee liegt stellenweise mehrere Meter hoch; der Verkehr ist vollständig gestört. Die abgelassenen Eisenbahnzüge mußten wieder umkehren.

Belgrad, 8. März. Bei Semendria wurden hart am Ufer der Donau die Reste eines verschütteten Tempels entdeckt.

Algier, 8. März. Aus dem Gefängniß von Mondovi sind sämmtliche Gefangene ausgebrochen.

Newyork, 8. März. Ein Russe, Namens Messachki, feuerte durch das Fenster einer hiesigen Synagoge auf den Rabbiner Dr. Mendez einen Revolverschuß ab, weil dieser sich geweigert hatte, dem Russen 100 Dollars zu schenken. Der Rabbiner wurde am Unterleib verwundet, der Thäter entkam.